

---

# Politisches Geschehen

---

## Föderalismus und andere ungelöste Probleme

von Karl-Heinz Krämer

Im April 2010 werden es vier Jahre, dass der ehemalige König Gyanendra von seinen absolutistischen Machtambitionen abgerückt ist, vier Jahre, die den Parteipolitikern gereicht haben sollten, um die dringenden Probleme auf dem Weg zu einem inklusiven, föderalen Staat zu lösen. Vor zwei Jahren hat das Volk eine verfassunggebende Versammlung gewählt, die eine weitreichende Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen des Landes ermöglicht. Am 28. Mai 2010 muss die neue Verfassung verkündet werden; so will es die Übergangsverfassung vom 15. Januar 2007. Nur Optimisten glauben noch daran, dass dieser Termin eingehalten werden kann. Über die möglichen Konsequenzen gehen die Meinungen der Fachleute auseinander. Selbst wenn es den hoffnungslos zerstrittenen und machthungrigen Politikern doch noch gelingen sollte, den genannten Termin einzuhalten, bleiben Zweifel, dass es sich dabei um ein Dokument handelt, das für die Zukunft des Landes eine dauerhafte Grundlage darstellen kann.

### Vereinbarte Vorbedingungen

Grundlage des derzeitigen Verfassungsgebungsprozesses ist neben der Übergangsverfassung das umfassende Friedensabkommen vom 8. November 2006 zwischen dem nepalischen Staat und den Maoisten. Letztere hatten das Land zwischen 1996 und 2006 mit ihrem militanten Aufstand in eine Existenzkrise gestürzt hatten, wobei sie von den unfähigen Politikern der etablierten Parteien sowie später der Monarchie und ihrer Armee eifrig unterstützt wurden. Zu den wichtigsten Forderungen der Maoisten, deren Erfüllung vom Staat im Friedensabkommen garantiert wurde, gehörten Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung (erfolgten am 10.04.2008), die Abschaffung der Monarchie (geschah am 28.05.2008), die Rehabilitierung der maoistischen Volksbefreiungsarmee und ihre Inte-

gration in die Nepal Army (diesbezüglich gab es erst zum Jahreswechsel 2009/10 ein wenig Bewegung, mehr aber nicht) sowie die Schaffung einer föderalen Republik Nepal. Diese Willenserklärung fand im Januar 2007 Eingang in die Übergangsverfassung.

### Politische Streitereien

Damit aber wurden die Gemeinsamkeiten der Parteipolitiker zunehmend weniger. Schon die Wahl der verfassunggebenden Versammlung, ursprünglich für Mitte 2007 vorgesehen, musste zweimal verschoben werden. Das eigentliche Chaos aber begann erst nach den Wahlen vom April 2008. Das Wahlergebnis, das der UCPN (Maoist), so benannt nach dem Zusammenschluss der Maoisten mit einer kleineren linken Partei, rund 40% der Sitze in der Versammlung brachte und die ehemals dominierenden Parteien Nepali Congress (NC) und CPN (UML) mit 19% bzw. 18% der Sitze zur Bedeutungslosigkeit degradierte. Alle anderen 22 in der verfassunggebenden Versammlung vertretenen Parteien müssen als kleine oder gar kleinste Parteien bezeichnet werden. Die viertstärkste Partei, das Madhesi Peoples' Rights Forum beispielsweise, gewann zwar noch 52 Sitze, ist aber nach einer Spaltung ebenfalls nur noch den kleinen Parteien zuzuordnen.

Auf der Grundlage dieses Wahlergebnisses konnte es keine Alternative zu einer Regierung geben, in denen die Maoisten die führende Rolle zu spielen hatten. Das Volk wollte mehrheitlich grundlegende Veränderungen, und die sah es offensichtlich nur durch eine Führungsrolle der Maoisten gegeben. Der für das Scheitern des Systems von 1990 hauptverantwortliche NC wurde gnadenlos abgestraft, während die CPN (UML) viele Stimmen an die neue linke Kraft der Maoisten verlor. Insgesamt wurde der seit 1991 zu beobachtende Links-

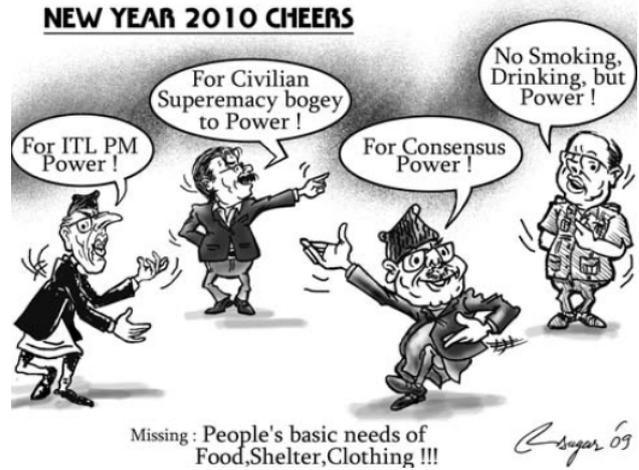
trend im Wählerverhalten noch verstärkt fortgesetzt. Der einst sozialdemokratische NC ist heute die größte konservative Kraft; rechts davon ist nicht mehr viel übrig.

Sinnvoll wäre zur Bewältigung der Alltagspolitik eine Zweiparteienregierung aus UCPN (Maoist) und CPN (UML) gewesen, die über eine einfache Mehrheit in der auch als Parlament dienenden verfassunggebenden Versammlung verfügen. Ansonsten hätte man das Hauptaugenmerk auf die Arbeit der Versammlung richten sollen. Das aber widerstrebt nicht nur den durch das Wahlergebnis entmachteten konservativen Kräften, sondern auch dem großen Nachbarn Indien. Zu den konservativen Kräften ist dabei neben dem NC auch der von K. P. Oli angeführte rechte Flügel der CPN (UML) zu rechnen. Politiker aus diesem Kreis entwickelten einen regen Reiseverkehr nach New Delhi und versuchten alles, den Handlungsrahmen der UCPN (Maoist) einzuzugrenzen. Ein erstes markantes Ergebnis war die Wahl eines NC-Politikers aus dem Tarai, Ram Baran Yadav, zum Präsidenten; erst am Vorabend der Wahl wurde die als sicher erscheinende Wahl des maoistischen Kandidaten durch veränderte Wahlabsprachen vereitelt. Dann wurde zwar eine Vielparteienregierung unter dem maoistischen Parteichef Pushpa Kamal Dahal gebildet, doch setzte der oppositionelle NC alles daran, eine geordnete Politik dieser Regierung zu verhindern, wobei er auch nicht vor dem Boykott der verfassunggebenden Versammlung zurückschreckte.

Als sich dann im Frühjahr 2009 der mit Ehrentiteln der indischen Armee versehene Armeechef Katawal auf Biegen und Brechen der Integration der maoistischen Armee in die staatliche widersetzte und wegen Missachtung der Weisungen von Regierung und Oberstem Gerichtshof von Premierminister Dahal entlassen wurde, machte Präsident Yadav die Regierungsentscheidung wieder rückgängig. Dies überschritt bei weitem die Vollmachten des nur repräsentativen Präsidenten und führte zu einer bis heute andauernden Staatskrise. Die Dahal-Regierung trat zurück und die Maoisten blockierten bis Ende 2009 die Arbeit der verfassunggebenden Versammlung. Die Arbeit der diversen Kommissionen der Versammlung liefen zwar im Hintergrund weiter, eine abschließende Diskussion aber war nicht möglich. Präsident Yadav wiederum lehnte es ab, der maoistischen Forderung nachzukommen und seine Machtüberschreitung einzugestehen.

Was die Parteipolitiker als Alternative zur maoistisch

geführten Regierung anzubieten hatten, erinnerte sehr an die Chaosphase Mitte der 1990er Jahre, als Sher Bahadur Deuba (NC) seine im Parlament nur über eine Mehrheit von einer Stimme verfügende Regierung dadurch am Leben erhielt, dass er einen Ministerrat mit zeitweise 48 Personen bildete. Im Mai 2009 einigte



man sich nach langem Ringen auf Madhav Kumar Nepal (CPN (UML)) als Premierminister einer Regierung, an der sage und schreibe 22 Parteien beteiligt sind. Diese große Zahl an Parteien war notwendig, damit man überhaupt über eine regierungsfähige Mehrheit im Parlament verfügte. Entsprechend ist die Effektivität dieser Regierung einzustufen: Bis heute sind keine nennenswerten Maßnahmen zu verzeichnen. Als noch schwerwiegender ist die Frage der Legitimation dieser Regierung zu sehen. Madhav Kumar Nepal war im April 2008 in zwei Wahlbezirken als Direktkandidat angetreten und in beiden vom Volk abgelehnt wurden. Unmittelbar nach den Wahlen legte er daher sein Amt des Generalsekretärs der CPN (UML) nieder, was als löblich angesehen werden musste. Als später der Vorsitzende des Constitutional Council der verfassunggebenden Versammlung benannt werden musste, einigte man sich auf seine Person und seine Partei nominierte ihn auf eine frei gewordene Stelle in der Versammlung nach. Es bleibt die Frage, ob ein Politiker, der so klar vom Volk bei den Wahlen abgelehnt wurde, wirklich legitimiert ist für das Amt des Premierministers. Aber damit noch nicht genug. Der alternde Vorsitzende des NC, Girija Prasad Koirala, der selbst nicht mehr zu den Wahlen antrat, veranlasste den Premierminister durch das Hintertürchen, seine Tochter Sujata Koirala nicht nur zur Außenministerin, sondern schließlich auch zur stellvertretenden Premierministerin zu machen. Ähnlich wie Madhav Nepal war auch Sujata bei den Wahlen vom Volk abgelehnt worden, anders als der Premierminister wurde sie aber nicht auf Umwegen in der verfas-

sunggebende Versammlung nachnominiert; hier steht ganz klar Nepotismus im Vordergrund.

Noch eine weitere Maßnahme der Parteien gibt zu gemischten Gefühlen Anlass. Angesichts der Stagnation und völligen Zerstrittenheit der großen Parteien kam es am 8. Januar 2010 zur Bildung eines sogenannten High-Level Political Mechanism (HLPM). In der Praxis handelt es sich dabei um die Vorsitzenden der drei großen Parteien: Pushpa Kamal Dahal (UCPN (Maoist)), Girija Prasad Koirala (NC) und Jhala Nath Khanal (CPN (UML)). Trotz anfänglichen Widerstands der Maoisten wurde schließlich auch noch Premierminister Madhav Kumar Nepal hinzugenommen. Es bleibt abzuwarten, ob dieses höchstmögliche Gremium der Parteiführer endlich dafür sorgt, dass die für den Abschluss des Verfassungsschaffungsprozesses notwendige Kooperation der politischen Parteien erreicht werden kann. Bedenklich ist aber dabei auf jeden Fall, dass einmal mehr vier männliche Brahmanen den Weg zu einem inklusiven politischen System für den Vielvölkerstaat Nepal ebnen soll. Die jüngere Geschichte hat oft genug belegt, dass dies nicht funktioniert.

## **Bedenkliche außenpolitische Entwicklungen**

Indien macht kein Hehl daraus, dass ihm eine zu große Einflussnahme der Maoisten nicht passt. Zwei Sicherheitsbedenken spielen dabei eine Rolle. Zum einen hat Indien selbst große Probleme mit maoistischen Aufständen im eigenen Land. Schon während des Aufstands der nepalischen Maoisten wurde diesen eine enge Kooperation mit den indischen Maoisten nachgesagt. Beweise hierfür gab es nicht, und auch heute bestreiten die nepalischen Maoisten dies.

Ein weiteres Sicherheitsrisiko sieht Indien in der potentiellen engen Kooperation der nepalischen Maoisten mit China. Zwar hat die maoistische Ideologie in Nepal wenig mit dem heutigen kapitalistischen Staatskommunismus in China zu tun, doch zeigen die maoistischen Führer Nepals in der Tat ein größeres Interesse an China. So reiste Pushpa Kamal nach seiner Ernennung zum Premierminister entgegen der nepalischen Tradition zunächst nach Peking und erst später nach New Delhi.

Schon in der Phase des Aufstands stand Indien in der besonderen Kritik der Maoisten. Der erste Block der 40 Forderungen, mit denen man sich Anfang 1996 an die nepalische Regierung wandte war gegen die indi-

sche Einflussnahme gerichtet, die mit unterschiedlicher Intension seit Beginn der 1950er Jahre andauert. Die großen politischen Parteien Nepals, Nepali Congress und Communist Party of Nepal, wurden beide in den späten 1940er Jahren in Indien gegründet. Seither gibt es enge Verbindungen zu den jeweiligen indischen Schwesterparteien. Besonders ausgeprägt ist dies beim Nepali Congress, während die heutige CPN (UML) in ihrer Haltung geteilt ist.

Führende Mitglieder der beiden letztgenannten Parteien haben seit dem Sieg der UCPN (Maoist) bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung verstärkt den Rat Indiens eingeholt. Vor allen wichtigen Entscheidungen häuften sich die Indienreisen der Politiker bzw. ihre Gespräche mit dem indischen Botschafter in Nepal besonders.

Die verstärkte indische Einflussnahme auf Nepal hat auch den großen nördlichen Nachbarn, China, auf den Plan gerufen. Man gewinnt den Eindruck, dass Indien und China vermehrt ihre Sicherheitsinteressen auf nepalischem Territorium ausspielen. Beschränkten sich die chinesischen Interessen in der Vergangenheit vornehmlich auf die radikale Unterdrückung jeglicher politischer Proteste der tibetischen Flüchtlinge in Nepal, so geben sich chinesische und indische Staatsbesucher heute in Kathmandu oft die Klinke in die Hand. Die chinesischen Angebote reichen dabei von verstärkter Entwicklungshilfe bis hin zu militärischer Hilfe und direkten Wirtschaftsinvestitionen.

## **Straffreiheit und Kriminalität**

Als besonders hemmend für den Verlauf des Friedens- und Erneuerungsprozesses erweist sich die Weigerung aller Politiker und der Armee, Personen zur Rechenschaft zu ziehen, die sich nachweislich in der Zeit des maoistischen Aufstands und seiner Bekämpfung durch den Staat Kapitalverbrechen und grober Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben. Derartige Verbrechen sind sowohl seitens der Maoisten als auch seitens der Armee und anderer Sicherheitskräfte begangen worden. Eine direkte oder zumindest indirekte Verantwortung lag dabei auch sowohl bei den maoistischen Führern als auch bei den Parteipolitikern an der Spitze des Staates, einschließlich der inzwischen abgesetzten Monarchie und ihrer Handlanger.

Die meisten dieser politischen Führer stehen auch heute noch an der Spitze ihrer Parteien und bestimmen

den Verlauf des Friedens- und Verfassungsschaffungsprozesses. Würde man sich daran machen, die Verbrechen der Vergangenheit aufzuklären und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen, so würde dies auch die politischen Führer betreffen. Daher ist nicht mit dem politischen Willen zu rechnen, Straftaten der Vergangenheit zu belangen. Es ist dies nicht das erste Mal, dass man in Nepal nach politischen Umstürzen so verfährt. Sowohl 1951 nach der Beseitigung des Rana-Regimes als auch 1990 nach der Beendigung des königlichen Panchayat-Systems ist man ähnlich vorgegangen.

Was die Situation jedoch verschlimmert, ist die Tatsache, dass die heutigen politischen Führer Beschuldigte aus der Zeit des Aufstands noch besonders belohnen, indem sie sie auf führende Ämter in Staat und Armee befördern. Ein besonders krasses Beispiel ist die Beförderung von Toran Jung Bahadur Singh zum stellvertretenden Armeeführer, die am 24.12.2009 erfolgte. Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen beschuldigen Singh seit langem, zwischen 2002 und 2003 für das Verschwinden von 49 verhafteten Maoisten aus dem Bhairavnath-Bataillon verantwortlich zu sein. Forensische Untersuchungen haben ergeben, dass vor zwei Jahren am Shivapuri-Bergrücken, nördlich von Kathmandu, gefundene Überreste verbrannter Leichen möglicherweise mit dem Verschwinden der 49 Personen im Zusammenhang stehen. Am 3. Januar 2010 ordnete der Oberste Gerichtshof eine Aussetzung der Beförderung Toran Singhs aus, was bei Armeeführung und Regierung auf Unverständnis stieß.

Etwa zur gleichen Zeit kam es zu einem weiteren Eklat. Nach intensiven Recherchen beschuldigte Amnesty International den inzwischen bei UN-Truppen im Tschad eingesetzten Major Niranjan Basnet, der Mörder der damals 15jährigen Maina Sunuwar zu sein, die am 17.02.2004 im Armeegewahrsam nach intensiver Folterung zu Tode kam. Die UN schickte den Beschuldigten nach Nepal zurück, wo er am Flughafen von der Militärpolizei in Gewahrsam genommen wurde. Verteidigungsministerin Bidya Bhandari (CPN (UML)) und die Armeeführung lehnen einen Prozeß vor einem zivilen Gerichtshof strikt ab; Bhandari beruhigt Basnet sogar in aller Öffentlichkeit, dass er nichts zu befürchten habe. Gleichzeitig setzte die Regierung Gerüchte in die Welt, die UN bedauerten, dass sie Basnet ohne vorherige Konsultation der nepalischen Regierung und allein auf der Grundlage nicht nachgewiesener Beschuldigungen Amnesty Internationals nach Nepal zurück-

geschickt hätten. Die UN bestätigte jedoch nochmals, dass die Rücksendung in dieser Form in voller Absicht und ohne nachträgliches Bedauern erfolgte.

Dies sind nur zwei Beispiele aus der jüngsten Zeit, die belegen, wie wenig den politisch Verantwortlichen daran gelegen ist Verbrechen aufzuklären und Opfer und ihre Familien zu entschädigen und zu rehabilitieren. Diese Haltung schädigt das internationale Ansehen Nepals und stellt die Ernsthaftigkeit des Friedens- und Erneuerungsprozesses in Frage.

## Armee und Integration der Volksbefreiungsarmee

Die Integration der maoistischen Partisanenarmee (PLA) ist einer der entscheidenden Punkte des umfassenden Friedensabkommens zwischen dem Staat und den Maoisten gewesen. Spätestens nachdem Anfang 2007 die Waffen der Maoisten in den PLA-Lagern unter Aufsicht der United Nations Mission in Nepal (UNMIN) weggeschlossen wurden, hätte diese Integration in Angriff genommen werden sollen. Die Tatsache, dass man drei Jahre später nicht nur kaum einen Schritt vorangekommen ist, sondern konservative Politiker sogar die ganze Integrationsvereinbarung in Frage stellen, belegt die Instabilität des Friedens- und Erneuerungsprozesses.

Der Widerstand gegen die Integration geht von vier Kräften aus: Armeeführung, Nepali Congress, konservativer Flügel der CPN (UML) und Indien. Hinsichtlich der Armeeführung hängt dies auch mit der gerade genannten Straffreiheit für Kapitalverbrechen und gravierende Menschenrechtsverletzungen aus der Zeit des maoistischen Aufstands zusammen. In der Armeeführung haben eine ganze Reihe Personen das Sagen, die auch schon in der Zeit der Mobilisierung der Armee gegen die Maoisten in leitenden Funktionen tätig waren; die Mobilisierung der Armee war im November 2001 durch die Kooperation des damaligen Premierministers Sher Bahadur Deuba (NC) mit König Gyanendra ermöglicht und durch das 1999 gewählte Parlament abgesegnet worden.

Fast vier Fünftel der Opfer des Aufstands fallen auf jene Zeit, in der sich die Armee und die Maoistenarmee bekämpften. Beide Seiten gingen mit äußerster Brutalität vor, unabhängig davon, dass die Zivilbevölkerung ganz besonders unter dem Vorgehen der Armee zu lei-

den hatte. Da kann man sich vorstellen, wie schwer es ist, diese einstigen Gegner nun in einer einzigen Armee zusammenzuführen, die in Zukunft in Bezug auf die innere Sicherheit des Landes eine besondere Rolle spielen soll. Ohne dass auf beiden Seiten unqualifizierte Personen zunächst ausgesondert und ggf. zivilen Prozessverfahren unterworfen werden, dürfte dies kaum gelingen.

Wenn bisher von unqualifizierten Personen gesprochen wurde, dann war dies eigentlich nur auf die Jugendlichen bezogen, die von den Maoisten in ihre PLA rekrutiert worden waren. Deren Aussonderung hat nun Anfang 2010 endlich begonnen, sehr zum Leidwesen so mancher Betroffener. In den PLA-Lagern waren sie bisher nämlich einigermaßen versorgt, nun aber droht ihnen die Perspektivlosigkeit ohne fundierte Ausbildung. UNICEF hat daher angeboten, den so entlassenen jungen Leuten eine nicht-formale Bildung zu finanzieren.

Niemand aber hat bis heute davon gesprochen, dass Mitglieder sowohl der staatlichen Armee als auch der PLA auch deswegen disqualifiziert sein können, weil sie sich in der Vergangenheit Verbrechen schuldig gemacht haben. Diese Personen werden bisher geschützt durch die Politik der Straffreiheit, sie könnten aber auf Dauer zu einer Belastung des Erneuerungsprozesses werden.

## Föderalismus

Damit komme ich zum letzten Punkt meiner Ausführungen, nämlich wie der zukünftige Staat Nepal aussehen könnte. Die Schöpfer der Übergangsverfassung vom 15.01.2007, also die Führer aller größeren politischen Parteien, einschließlich der Maoisten, haben vorgegeben, dass Nepal in Zukunft eine föderale Republik sein soll. Die Diskussion der Form des Föderalismus ist eineinhalb Jahre lang mehr oder weniger in den Hintergrund gedrängt worden. Erst mit dem Beginn des letzten halben Jahres vor der festgesetzten Verabschiedung der neuen Verfassung sind die Diskussionen förmlich explodiert.

Die Idee des Föderalismus ist in Nepal eher nicht aus den Reihen der politischen Parteien erwachsen. Bereits in den frühen 1990er Jahren wurde diese Idee Bestandteil der Argumentation der Organisationen der ethnischen Minderheiten des Landes, die sich als Janajati bezeichnen, was sie wiederum als „Nationalitäten“ übersetzen. Den Führern dieser ethnischen Organisationen wurde bewusst, dass sie der jahrhundertelangen Ausgrenzung durch die zentrale staatliche Elite nur würden

entkommen können, wenn ihre eigene Sprache, Kultur und Ethnizität aufgewertet würden. Hieraus erwuchs ihre Forderung nach einer Aufteilung des Landes in autonome Provinzen des Landes auf der Grundlage der traditionellen Siedlungsgebiete ethnischer Gruppen, was bei den etablierten Parteien des politischen Systems von 1990 auf völlig taube Ohren stieß. [Siehe hierzu den nachfolgenden Beitrag von Mahendra Lawoti]

Als sich dann die 1995 gegründete CPN (Maoist) im Rahmen ihres „Volkskriegs“ darum bemühte, die Sympathien der unterdrückten Bevölkerungsgruppen zu gewinnen, erwies es sich für sie als besonders vorteilhaft, die Forderungen der ethnischen Organisation zu einem wichtigen Bestandteil ihrer eigenen Bestrebungen zu machen. Schon Ende der 1990er Jahre unterbreiteten die maoistischen Führer Forderungen nach einem System ethnisch begründeter Teilstaaten, das sehr eng an das der ethnischen Organisationen angelehnt war. Die anderen politischen Parteien waren zu jenem Zeitpunkt noch weit weg von jedem Gedanken autonomer föderaler Provinzen, ganz zu schweigen von solchen auf ethnischer Grundlage. Erst der Friedensprozess mit den Maoisten brachte die anderen Parteien dazu, sich mit einem solchen föderalen System anzufreunden.

Die aktuelle Diskussion macht deutlich, dass die meisten Parteien es bisher versäumt haben, sich mit dem Thema des Föderalismus, einem der wichtigsten Bausteine eines neuen Nepal, zu beschäftigen. Einige der Politiker reagieren geradezu erschrocken. Insbesondere wird deutlich, dass die Politiker umso mehr Vorbehalte gegen die Einführung eines föderalen Systems haben, je konservativer ihre Grundhaltung ist. Die große Masse der führenden Politiker der etablierten Parteien sind Brahmanen, insbesondere solche männlichen Geschlechts. Bei ihnen steht die Erkenntnis im Vordergrund, die Pramod Mishra bei seinem Freund Upadhyay erkennt: Ein föderaler Staat, noch dazu auf ethnischer Grundlage, ist der Anfang vom Ende der Vormachtstellung der traditionellen Elite. (siehe hierzu den übernächsten Beitrag von Pramod Mishra)

Entsprechend groß ist der Widerstand gegen ein solches System. Vor allem im Nepali Congress würde man, wenn überhaupt, dann lieber ein föderales System vorziehen, dessen Provinzen sich an geographischen Gegebenheiten orientieren, beispielsweise wie die 14 Zonen, die in der Zeit des königlichen Panchayat-Systems eingeführt wurden und die bewusst, wie auch die 75 Distrikte, traditionelle ethnische Siedlungsgebiete

zerschnitten. Vizepremierministerin Sujata Koirala hat gar vorgeschlagen, zunächst ein Referendum darüber abzuhalten, ob und wie ein föderales System eingeführt werden soll. Dabei hat ein solches Referendum längst stattgefunden: Der föderale Staat gehörte zum Wahlprogramm fast aller Parteien bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung vom April 2008, u. a. auch des NC.

Befürworter hat ein föderales System auf ethnischer Grundlage vor allem bei den Maoisten, bei Teilen der CPN (UML) und im Kreis der Tarai-Parteien. Wie aber ein solches System konkret aussehen könnte, ist selbst innerhalb der genannten Parteien umstritten. Innerhalb der UCPN (Maoist) werden beispielsweise drei verschiedene Systeme diskutiert. Ende Dezember ist die diese Partei hingegangen und hat einseitig föderale Republiken auf ethnischer Grundlage ausgerufen, angeblich, um Druck auf die festgefahrene politische Situation auszuüben. Rasch zeigte sich, dass die so ausgerufenen Teilstaaten in dieser Form nicht unbedingt die Zustimmung der ethnischen Gruppen erhielten, nach denen sie benannt wurden. Widerstand gab es beispielsweise in Limbuwan, im Newa-Staat des erweiterten Kathmandutals und im Tarai. Insbesondere die Aufgliederung letzterer Region wird heiß diskutiert. Die Tarai-Parteien, die von Angehörigen der Madhesi-Bevölkerung dominiert werden, möchten gerne eine einzige Provinz Madhes, was wiederum auf den Widerstand ethnischer Gruppen wie Tharu und Rajbhansi stößt. Am 15.01.2010 legte das zuständige Komitee der verfassunggebenden Versammlung zwei Entwürfe vor. Der eine basiert auf sechs Einheiten mit geographi-

chem Bezug und missachtet dabei sämtliche Anliegen aller bisher ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen, der andere auf 14 ethnisch begründeten Teilstaaten.

### Federal states at a glance

**SIX UNITS BASED ON FUNCTIONAL CAPABILITY**

Karnali  
Lumbini (Bhavar)  
Gandaki  
Sagarmatha  
Simraungadh/Janakpur  
Shrijanga

**14 UNITS BASED ON ETHNICITY/COMMUNITY**

Khaptad  
Karnali  
Tharuhat  
Magarat  
West Madhes (Lumbini)  
Tamuwan  
Narayani  
Newa  
Tamsaling  
Madhes  
Sunkoshi  
Kirant  
Limbuwan  
Birat

**CAPITAL**

Surkhet  
Ghorahi  
Pokhara  
Kathmandu  
Janakpur  
Dharan

Dipayal/Silgadi  
Surkhet  
Gulariya  
Tansen  
Bhairahawa  
Pokhara  
Bharatpur  
Kathmandu  
Chautara  
Janakpur  
Kamalamai  
Triyuga  
Ilam  
Damak

Wie auch immer die Entscheidung fallen wird. Nur ein föderales System mit autonomen Teilstaaten kann die Dezentralisierung bewirken, welche die ländlichen Räume Nepals so sehr benötigen. Soll das von der Shah-Monarchie eingeführte System der Ausgrenzung zahlreicher Bevölkerungsgruppen endlich beendet werden, dann muss das föderale System vor dem Hintergrund traditioneller ethnischer Siedlungsgebiete aufgebaut werden. Auch das birgt gewisse Gefahren, die nicht geleugnet werden sollen. Es ist aber die einzige Zukunftschance für eine neues und inklusives Nepal.

## Föderalismus für Nepal

von Prof. Mahendra Lawoti, Western Michigan University

*Es handelt sich nachfolgend um einen gekürzten (der theoretisierende Einleitungsteil wurde weggelassen) Artikel, der in der nepalischen Wochenzeitung Telegraph vom 18. März 2009 erschienen ist.*

Föderalismus ist wichtig für pluralistische Länder wie Nepal, weil kulturell unterschiedliche Gruppen eine kulturelle Autonomie erhalten. Wenn es ethnischen

Gruppen gestattet ist, ihre Angelegenheiten der Kultur und Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen, dann verringert dies ihre Konflikte mit dem zentralen Staat. Viele der durch die Identitätsbewegungen hervorgerufenen Konflikte betreffen kulturelle Anliegen wie Religion, Sprache, Bildungswesen usw. Sind erst einmal regionale Regierungen etabliert, haben die Minderheiten eine größeres Mitspracherecht dank der größeren